

Was gilt das Wort Nuthetaler Politiker?

Der Wunsch nach aktiver Mitgestaltung bei der Erarbeitung eines städtebaulichen Konzepts für die geplante Bebauung einer der letzten freien Grünflächen zwischen Bergblick, Milanring und Luchgraben durch die Bürger, traf bei den gewählten Abgeordneten der Gemeinde Nuthetal erfreulicherweise auf offene Ohren.

Die im August vorigen Jahres gegründete Bürgerinitiative (BI) konnte schnell eine große Anzahl von aktiven Mitstreitern und Sympathisanten sammeln, die die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in einem grünen, typisch für die Gartenstadt befindlichen Umfeld unterstützte.

Unser ursprüngliches Ziel, eine möglichst großzügige öffentliche Grünfläche für die künftigen Bewohner und die Anwohner im angrenzenden Rehgrabengebiet als grüne Insel und Begegnungsstätte für Alt und Jung zu erhalten, konnten wir nicht durchsetzen.

Zu stark war hier der Einfluss der Investoren und ihrer wirtschaftlichen Interessen.

Die wiederholt vorgetragene Forderung nach Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Entwicklung der Gemeinde im Sinne ihres selbst gewählten Leitbildes wurde genauso ignoriert, wie die Anpassung der Bebauung an das ortsübliche Bild sowie der Baudichte an angrenzende Wohngebiete.

In Zeiten einer glücklicherweise wachsenden Sensibilisierung für Nachhaltigkeit was unsere Umwelt angeht, ist es nicht nur höchst fragwürdig, sondern es mutet auch äußerst ignorant an, dass offensichtlich wirtschaftlichen Kalkulationen unter dem Deckmantel sozialer Belange deutlich mehr Gewicht gegeben wird, als einem zukunftsweisenden Umgang mit unser aller Ressourcen.

In einer Reihe von Treffen mit Vertretern des Ortsentwicklungsausschusses (OEA) und im Rahmen der uns zugebilligten Wortmeldungen in Sitzungen des OEA bzw. der Gemeindevertretung (GV) konnten wir lediglich die folgenden Zugeständnisse an die Kernforderungen der BI erreichen:

- **Die Verbindung Milanring – Bergblick soll durch geeignete technische Maßnahmen (z. B. versenkbare Poller) für den normalen Verkehr gesperrt und nur durch Berechtigte (z. B. Rettungs- und Versorgungsfahrzeuge) genutzt werden.**
- **Prüfung der Erweiterbarkeit des verbliebenen Grünstreifens am Bussardsteig**
- **Die Bauhöhe über Grund des Mehrfamilienhauses, das an die Straße „Am Rehgraben“ anschließt (im B-Planentwurf WA IV), soll nicht höher sein, als das bestehende gegenüberliegende Gebäude an der Straße „Am Rehgraben“.**
Die weiteren Häuser sollen in der Höhe zum Bergblick hin abfallen. Entsprechende Angabe zur Firsthöhe fehlen im B-Planentwurf.
- **Der Zugang und die Zufahrt zur Kita soll ausschließlich über den Rehgraben erfolgen, um eine Überlastung der teilweise nur einspurig befahrbaren Straße Bergblick zu verhindern.**
- **Die bauliche Erschließung erfolgt durch eine Baustraße über den Rehgraben, so dass Bergblick und Milanring nicht belastet werden.**

Es war für uns keine leichte Entscheidung, der GV auch aus unserer Sicht die Zustimmung zum Entwurf für das städtebauliche Konzept als Grundlage für die Erstellung eines B-Plans zu empfehlen.

Letztlich war die zugesicherte Bereitschaft der Gemeinde, nach B-Planerstellung diesen gemeinsam mit uns auf Einhaltung der getroffenen Absprachen zu prüfen und auch das Thema „Erweiterung des Grünstreifens“ am Bussardsteig nochmal zu überdenken, dafür ausschlaggebend.

Inzwischen ist der B-Planentwurf erstellt und sollte im Eilverfahren durch die Gremien gebracht werden, um ihn in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zu beschließen.

Damit wären grundlegenden Änderungen am B-Plan praktisch nicht mehr möglich. Die Beteiligung der Bürger würde innerhalb der gesetzlichen Vorschriften auf die Möglichkeit, persönliche Einsprüche einzulegen, begrenzt. Das, von den Politikern viel gepriesene, Mitspracherecht der Bevölkerung wäre auf diese Weise massiv und vorsätzlich untergraben worden.

Der vorliegende B-Planentwurf beinhaltet nicht oder nur unzureichend die mit der BI abgestimmten Punkte. Einen Textzusatz, der diese Punkte beinhalten könnte, gab es zum Zeitpunkt der geplanten Zustimmung im OEA nicht!

Diese Vorgehensweise seitens der verantwortlichen Vertreter des OEA und der Gemeinde stellt aus unserer Sicht einen klaren Wortbruch dar und missachtet darüber hinaus auch den Willen der gewählten Gemeindevertreter, die ausdrücklich auch die o. g. Zusätze gebilligt haben.

Erst durch unseren nachdrücklichen Protest in Form einer Mail an die Bürgermeisterin Frau Hustig und an den Vorsitzenden des Ortsentwicklungsausschusses Herrn Jahnke gegen die geplante Zustimmung zum B-Planentwurf in der Sitzung des OEA am 29.08.2019 sah sich die Gemeinde gezwungen, die entsprechenden Tagesordnungspunkte mit der Begründung abzusetzen, die Planung sei wegen fehlender Daten unvollständig.

Es ist eine Farce, eine Beschlussfassung anzusetzen und 2 Tage vor dem entscheidenden Termin festzustellen, dass die Grundlagen für eben diese Beschlussfassung unvollständig sind.

Bei dieser Verfahrensweise hätten die neu gewählten Mitglieder des OEA und die sachkundigen Bürger keine ausreichende Möglichkeiten besessen, ihren Beschluss (bzw. im Fall der sachkundigen Bürger ihre Empfehlung zur Beschlussfassung) auf fundierter Grundlage zu fassen.

Eine Beschlussfassung des für bauliche Fragen zuständigen Fachausschusses wäre gleichzeitig eine gewichtige Empfehlung zur Abstimmung in den Folgegremien bis hin zur Gemeindevertreterversammlung.

Im Namen der Anwohner / Bürger fordern wir deshalb von den gewählten Abgeordneten insbesondere von den Mitgliedern des Ortsentwicklungsausschusses:

Stehen Sie zu Ihrem Wort!

- **Halten Sie sich an Ihre Zusagen und organisieren Sie ein Treffen mit Vertretern der BI, um den vollständigen B-Planentwurf vor einer Beschlussfassung gemeinsam zu prüfen.**

- Die im Ergebnis der Prüfung notwendigen Änderungen oder Zusätze müssen entweder in schriftlicher Form festgehalten und per Unterschrift bestätigt werden oder zu einer Änderung des B-Planes führen.
- Berufen Sie vor der endgültigen Beschlussfassung eine Einwohnerversammlung ein, in der der B-Plan erläutert wird und Fragen der Bürger geklärt werden können.